General-Anzeiger

für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg
Amtsgericht und versch. Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer M., durch Boten in Kemberg M., in Reuden, Rotta, Lubast, Ateritz, Gommlo und Gaditz M. und durch die Post M.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Korpuszeile oder deren Raum Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile Pfg. **Beilagen:** Pfg. für das Hundert, ausschließlich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer 6,00 M., frei Haus 6,20 M., durch die Post einschl. Bestellgeld 6,75 M. **Anzeigen:** Zeile 40 Pf., Reklamezeile 1 Mk., einschl. Steuer.

Nr. 90. **Kemberg Dienstag, den 3. August 1920.** **22. Jahrg.**

Talgverkauf

morgen Dienstag bei Herrn Fleischermeister Bachmann. An die Inhaber der Markentaschen Nr. 505 bis 587 werden je Kopf 50 Gramm zum Preise von 1,05 M. abgegeben.

Butterselbstversorger sind vom Talgbezug ausgeschlossen.

Kemberg, den 2. August 1920.

Der Magistrat.

Süßstoffverkauf

Auf die Marken H. v. 8 und N. v. 8
für Versorgungsberechtigte
und Marke H. s. 14 und N. s. 14
für Selbstversorger
werden in der Apotheke je zwei Päckchen Süßstoff, Packung H, zum Preise von 50 Pfennigen je Päckchen abgegeben.

Kemberg, den 31. Juli 1920.

Der Magistrat.

Auf die neuen Kreismarken H. v. 1 und N. v. 1 wird ½ Pfund **Gerstenmehl** für 1,10 Mk. abgegeben.

Kemberg, den 2. August 1920.

Der Magistrat.

Sämtliche **bisher noch nicht gemeldeten mit**

Tabak

bepflanzten Grundstücke sind unter Angabe der Größe dem Hauptzollamt in Wittenberg **sofort** mitzuteilen.

Kemberg, den 31. Juli 1920.

Der Magistrat.

Politische Tagesübersicht.

Verlust des rechten Weichselufers?

Bei einem Empfang des Deutschen Ausschusses des Marienwerder-Deichverbandes erklärte der stellvertretende Vorsitzende der interalliierten Kommission, der Engländer Beaumont, am Donnerstag: Die Entscheidung des Botschafterrates in der Frage des rechten Weichselufers müßte abgewartet werden. Zur Vermeidung möglicher Enttäuschungen glaube er darauf hinweisen zu müssen, daß die Weichsel für Ostpreußen nur eine Verkehrsader zweiten Ranges sei, während sie für das polnische Wirtschaftsleben unumgänglich notwendig sei Aus diesem Grunde habe der Vertrag von Versailles bestimmt, daß Ostpreußen freien Zugang zur Weichsel habe, die Kontrolle des Stromes einschließlich seines Ostufers aber demjenigen Lande überlassen werden solle, das das größte Interesse am Strome habe. Das Opfer, das Deutschland eventuell bringen müsse, sei geringer, als der Verlust, der den Polen drohe.

Nach dieser Aeußerung scheint die interalliierte Kommission der Bedeutung des Weichselzuganges für Ostpreußen kein großes Gewicht beizulegen. Nun würde aber das polnische Schiffahrtsinteresse in keiner Weise leiden, wenn auf der Stromstrecke des Abstimmungsgebietes das Ostufer unter deutscher Hoheit bliebe und das Ostufer von Deutschland reguliert würde, zumal Polen das Aufsichtsrecht über diese Regulierung zusteht. Auf der andern Seite würde es für Deutschland eine wirtschaftliche Unmöglichkeit bedeuten, bei dem Zugang zur Weichsel auf einen polnischen Schiffahrtskorridor angewiesen zu sein. Daß der englische Kommissar aber von einem „kleinen Opfer" des Weichselufers für Deutschland spricht, ist angesichts der ungeheuren Opfer, die Deutschland schon durch den verlorenen Krieg aufs neue bringen muß, nicht zu rechtfertigen.

Bestürzung in Paris.

Paris, 30. Juli. Die gestrige Sitzung des Ministerrats war vollständig der polnischen Frage gewidmet. Alle Minister stimmten darin überein, daß der Zusammenbruch Polens ein nicht wieder gut zu machender Schlag für Frankreich bedeuten würde. Millerand erklärte, daß die polnische Niederlage Bestürzung in den französischen politischen Kreisen hervorgerufen hat. Das Ende Polens bedeute die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht in Frankreich. Der Rat hat beschlossen, jede Politik, die die Sowjets schonen könnte, zu unterlassen und eine große militärische Aktion zugunsten Polens zu unternehmen, selbst wenn diese Aktion für die äußere oder innere Lage Frankreichs ungünstige Folgen haben könnte. Der Rat hat von den von Marschall Foch ausgearbeiteten Plänen, die die Landung des alliierten Expeditionskorps in Odessa vorsehen, Kenntnis genommen. Die Antworten der englischen und der italienischen Regierungen werden noch erwartet, um definitive militärische Maßregeln zu ergreifen.

Die Beseitigung der Fernsprechanleihe

verlangt folgende von den Deutschnationalen zur Beratung des Notetats eingebrachte Entschließung:

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen: baldmöglichst einen Gesetzentwurf betr. Abänderung des Gesetzes vom 6. Mai 1920, Reichsgesetzbl. S. 894 vorzulegen, der den einmaligen verzinslichen Betrag von 1000 M. für Fernsprechanschlüsse beseitigt.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 2. August.

* Bei der Stadtsparkasse wurden im Juli 275758 Mk. (1919 = 194739 Mark) eingezahlt; zurückgezahlt wurden 101565 Mk. (1919 = 82081 Mk.).

† Ein dreister Raubüberfall wurde am Sonnabend verübt. Der kaufm. Angestellte Krebs und der Arbeiter Krone, beide auf den Bergwitzer Kohlenwerken tätig, waren beauftragt, das zur Lohnzahlung benötigte Geld, ca. 160000 M., von dem Büro nach dem Grubenbetriebe zu schaffen. Das Geld war in einem verschlossenen Kasten verwahrt, den Krone trug, während Krebs den Schlüssel bei sich hatte. Gegen ½12 Uhr mittags befanden sich beide an dem Uebergange der Kleinbahn über die Straße von Bergwitz nach Wörlitz, als sie von 4 Personen angehalten wurden, von denen der eine maskiert war. Die andern drei waren vollständig unbekannt, alle jedoch gut bewaffnet, denn jeder hatte zwei Revolver und der Maskierte außerdem noch Handgranaten. Mit dem Rufe: Gibs Geld her! wurden die beiden Angestellten unter Bedrohungen zur Herausgabe des Geldes sowie auch des Schlüssels gezwungen. Zwei der dreisten Gesellen machten sich nun mit dem Gelde aus dem Staube, die andern zwei hielten bei den Beraubten Wache bis die Komplizen die Beute im Rucksack verstaut hatten. Dann verschwanden auch diese beiden. Der leere Kasten ist wiedergefunden. Nach all den Umständen will es uns scheinen, daß wenigstens einer der Räuber mit den Verhältnissen gut vertraut sein muß, denn sonst konnte der Raub nicht so gut glücken.

Rotta. Der hiesige Radfahrer-Verein errang bei dem am gestrigen Sonntag in Schmiedeberg stattgefundenen Radfahrer-Fest den 4. Korsopreis.

Gommlo. Bei dem am gestrigen Sonntag in Schmiedeberg stattgehabten Radfahrer-Fest erhielt der hiesige Radfahrer-Verein den ersten Korsopreis, ebenfalls den ersten Preis beim Saalfahren.

Zschornewitz. Zu der Nachricht von der Gründung einer Pfarrstelle in Großmöhlau teilt das evangel. Pfarramt Zschornewitz mit, daß die Angaben den Tatsachen vorauseilen. Vorläufig hat sich die Kirchengemeinde nur eine Baustelle für eine Pfarre gesichert. Wann die Errichtung der Pfarrstelle erfolgen kann, ist noch völlig ungewiß. Das hängt ganz von der weiteren kirchlichen Entwickelung und von der künftigen Lage auf dem Baumarkte ab. Vorläufig müssen die 4 großen Kirchengemeinden, Zschornewitz, Gröbern, Golpa und Großmöhlau, weiter von Zschornewitz aus besorgt werden.

Bitterfeld. (Großer Eisenbahngepäckdiebstahl.) In der Nacht vom 19. zum 20. Juli wurden aus einem Gepäckwagen des Personenzuges 803, der gegen 2 Uhr von hier nach Berlin fährt, zehn größere Koffer und Körbe mit Kleidern, Wäsche und Reise-Utensilien geworfen und beraubt. Die Koffer wurden erbrochen und leer zwischen Muldenstein und Burgkemnitz im Walde unweit des Bahnkörpers aufgefunden. Die Eisenbahndirektion Halle hat für die Ermittelung der Täter und die Herbeischaffung der Sachen eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt. Zweckdienliche Angaben sind an die Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Halle, Zimmer 468, zu machen.

Jeßnitz, 30. Juli. Einen seltenen Fund machte in der Salegaster Aue ein hiesiger Arbeiter auf dem Heimweg von seiner Arbeitsstätte. Unter einem Strauch entdeckte er annähernd hundert Eisenmarkstücke, die aller Wahrscheinlichkeit nach dort vergraben, aber durch das mehrfache Hochwasser aus dem Erdboden wieder heraufgespült worden waren.

Leipzig, 30. Juli. (Täglich 32000 Mark Straßenbahndefizit.) In einer Versammlung der Leipziger Straßenbahner wurde eine Mitteilung der Direktion bekannt gegeben, wonach die städtische Straßenbahn in dem Jahre vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 voraussichtlich mit einem Defizit von 22 Millionen Mark abschließen werde, wenn nicht auf irgend eine Weise Ersparnisse erzielt würden. Nach der vorgelegten Statistik arbeitet die Straßenbahn mit einem Defizit von 32000 Mark pro Tag. Vor ihrer Verstadtlichung arbeitete die Straßenbahn mit einem erheblichen Reingewinn. Die erhöhten Unkosten und vor allem die durch die Zeitverhältnisse bedingten hohen Löhne drohen ihr jetzt den Garaus zu machen. Die um das Sechs- bis Achtfache gegen die Friedenszeit gesteigerten Fahrpreise haben ihr bisher nicht zu helfen vermocht. Ob die jetzt beabsichtigte Entlassung mehrerer Hundert Angestellter die Gesundung bringen wird, ist mehr als zweifelhaft.

Eckartsberga, 28. Juli. (Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh.) Die Vorstände der Kreislandbünde Eckartsberga und Naumburg sind mit Vertretern der Städte und den Fleischerinnungen dahin übereingekommen, versuchsweise die Zwangswirtschaft für Vieh aufzuheben. Sie sind der festen Ueberzeugung, daß bei freiem Verkehr das Fleisch zum mindesten nicht teurer, wahrscheinlich aber billiger wird wie bisher. Wurde doch von den Vertretern der Städte offen zugegeben, daß Schleichhandelsfleisch billiger zu haben sei als das Markenfleisch. Es ist verabredet worden, daß kein Vieh mehr zwangsweise abgegeben werden soll, daß dagegen die Fleischer wie früher vom Landwirt das Vieh freihändig aufkaufen sollen; den Behörden ist hiervon Kenntnis gegeben. Von seinen Berufsgenossen erwartet nun der Landbund, daß sie dasjenige Schlachtvieh, das sie verkaufen wollen, den einheimischen Fleischern zu vernünftigen Preisen ablassen. Die Namen derjenigen, die Wucherpreise fordern, sollen rücksichtslos veröffentlicht werden.

Magdeburg, 26. Juli. (Schwere Ausschreitungen.) Im Magdeburger Krupp-Grusonwerk wurde der Syndikus Dr. Lotz von Arbeitern wegen der Entlassung eines ihrer Führer aus seinem Büro geholt und schwer mißhandelt. Mitglieder des Betriebsrats, die Dr. Lotz schützen wollten, wurden gleichfalls mißhandelt.

Aus dem Voigtlande, 28. Juli. Reinfall einer „Statwanze". Saßen da in einem Biergarten eines vogtländischen Städtchens drei biedere Bürger und draschen am zweiten Pfingstfeiertag ihren Skat. Eine „Wanze" sah eine Weile kopfschüttelnd zu und fragte dann so recht bescheiden, ob sie sich nicht am Spiel beteiligen dürfe. Man bedeutete dem Frager, daß eine junge Gans mit Gurkensalat ausgespielt werde, daß er aber gern am Spiele teilnehmen könne. Der „Wanze" ging es schlecht. Ein Spiel nach dem andern wurde verloren, bis der Kassierer verkündete: „Itze langt's!" Der Fremdling fragte, wann und wo die Gans verzehrt werden sollte, worauf ihm vom Kassierer der lakonische Bescheid wurde: „Die ham mer gestern gefraß'n!"

Oeffentliche Stadtverordneten-Sitzung

vom 29. Juli 1920.

7. Bewilligung von Mitteln für die Vertretung von erkrankten Lehrkräften. Den Lehrerinnen Rückert und Dreßler ist auf Veranlassung des Kreisarztes ein längerer Erholungsaufenthalt verordnet. Dadurch ist die Einstellung einer Hilfslehrkraft erforderlich. Der Magistrat schlägt die Einstellung einer männlichen Lehrkraft vor, und sollte sich diese nicht finden, so soll eine Lehrerin beschäftigt werden. Stv. Knak erklärt, daß Sparsamkeit eintreten müsse. In jeder Sitzung kommen fast nur Bewilligungen. Er frägt an, ob die Stundenzahl nicht von den vorhandenen Lehrkräften ausgefüllt werden kann. Wenn dies nicht möglich ist, dann ist er für Einstellung einer männlichen Arbeitskraft, diese seien doch wohl widerstandsfähiger. Er ersucht bei der Neueinstellung von Lehrkräften mehr männliche Lehrkräfte anzustellen. Vom Magistrat und Stv.-Vorst. Pade wird erklärt, daß nur 2 Lehrerinnen fest angestellt seien, die beiden anderen dagegen nur aushilfsweise. Die Einstellung der weiblichen Lehrkräfte sei eine Folge der Kriegszeit, die so schnell nicht zu beseitigen sei. Stv. Barth wünscht, daß die Vertretung einer der Geistlichen übernehmen könnte. Stv.-V. Pade widerspricht dem, da die Geistlichen pädagogisch und seminaristisch nicht genügend vorgebildet seien.

Die Versammlung bewilligt die Kosten für die Vertretung.

8. Stiftung eines Ehrenpreises für das Sportfest des Männer-Turnverein. Der Magistrat hat 200 M. vorgeschlagen. Sen. Nitzschke bedauert, daß nicht alle sportreibenden Vereine an dem Feste beteiligt sind. Er hat eine Zustimmung nur unter dem Vorbehalt gegeben, daß dem Arbeiter-Radfahrer-Verein bei einem ev. Feste ebenfalls ein Betrag gewährt wird. Dies sei vom Magistrat zugesagt. Stv. Barth ist gegen den Vorschlag. Er wirft die Frage auf, wie die Gewährung eines Betrages für den 1. Mai aufgenommen würde. Er ist von einer Anzahl Bürger aufgefordert, gegen den Antrag zu stimmen. Stv. Rudloff spricht sich gegen den Antrag aus, die Stadt ist nicht dazu da, gemischtcherischen Sport, wie z. B. das 100 Klm.-Rennen, zu unterstützen. Stv. Schulze spricht sich ebenfalls gegen die Gewährung aus, regt aber an, eine freiwillige Sammlung zu veranstalten. Stv. Knak bekämpft den Antrag aus prinzipiellen Gründen. Von Seiten der Arbeiter-Sport-Vereine wird ebenfalls gutes geboten, ohne daß Preise gewährt werden. Beigeordneter Kolbe empfiehlt den Magistratsantrag zur Annahme. Für den Magistratsantrag stimmen die Stv. Huhn, Pade, Ludley, dagegen die Stv. Barth, Knak, Rudloff, Reinicke und Schulze.

9. Festsetzung der Vergütung für den Bürogehilfen Nitzschke. Vom Magistrat werden monatlich 250 Mark vorgeschlagen. Stv.-V. Pade schlägt vor, das Gehalt dem des Bürogehilfen Wiedemann gleichzustellen, also monatlich 300 M. Stv. Rudloff will keine Klassenlöhne festgesetzt haben, alle Organisationen streben darauf hin, für die gleichen Altersstufen gleiche Löhne festzusetzen, zumal in dem hiesigen Fache die Arbeitsleistung bei beiden gleich ist. Beigeordneter Kolbe erklärt, daß von Klassenlöhnen keine Rede sein kann. Der Magistrat hat sich den

(Fortsetzung auf der vierten Seite.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-192008037/fragment/page=0001

Der Völkerbund.

Nun soll es mit dem Lieblings-Gedanken des Präsidenten Wilson Wahrheit werden, der Völkerbund soll Gestalt gewinnen, als dessen Präsident sich sein Urheber schon für diejenige Zeit erblickte, in der er sein Amt als Oberhaupt der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika niedergelegt haben würde. So war es geplant! Aber eine grimme Laune des Schicksals will es, daß Präsident Wilson nicht an die Spitze des Völkerbundes treten kann, weil, abgesehen von seiner Nervenschwäche, seine eigenen Landsleute keine Lust haben, sich in die Zwangsjacke dieses Bundes stecken zu lassen, also wenig Aussicht vorhanden ist, daß die große Republik jenseits des Ozeans sich der neuen Vereinigung der Nationen anschließen wird. Das ostasiatische Kaiserreich Japan, das aus dem Weltkriege die allergrößten Vorteile ohne irgendwelche nennenswerte Opfer gezogen hat, wird wahrscheinlich Mitglied werden, aber wer will von Europa aus kontrollieren oder gar verhindern, was die Großmacht der gelben Rasse im alleräußersten Osten treibt. Der Völkerbund wird also im wesentlichen nichts anderes sein, als eine Gesellschaft mit beschränkter Elbogenfreiheit für die Besiegten und Kleinen und mit unbeschränktem Gewinn für die Entente, das heißt in diesem Fall für England, in dessen Gefolgschaft doch Frankreich und Italien vor der Hand einherwandeln werden. Nachdem in Spaa das Leitmotiv für die Zukunft angegeben ist, weiß man, was sich in der absehbaren Zukunft daraus entwickeln wird.

Präsident Wilson hatte sich den Völkerbund anders gedacht. Nach seinen Vorschlägen sollte er dienen zur Schlichtung von Streitigkeiten unter den Mitgliedern; zur Kontrolle der Abrüstung aller Staaten und zur Lokalisierung von etwaigen, trotzdem entbrennenden Kriegen; zur Verhinderung politischer Sonderbündnisse und von geheimen Abmachungen; zur Annullierung von Handelsmonopolen und Preistrusten; zur Verteilung von Rohstoffen. Das Programm war sehr ideal, aber es ergab sich schon daraus, daß es für die nordamerikanischen Milliardäre keinen Nutzen hatte, denn diese konnten dabei nichts gewinnen. Ihnen lag nur am Verkauf zu den von ihnen bestimmten Preisen und sich für Völkerfreundschaften extra Ausgaben zu machen, erschien ihnen ganz unangebracht. Am unangebrachtesten aber mit den gelben Japanern, den größten Konkurrenten Amerikas im Stillen Ozean, an ein und demselben Strang zu ziehen. Es ist hauptsächlich England, welches den Plan der Bildung des Völkerbundes wieder aufgenommen hat, denn in Frankreich hat man für die Ehrlichkeit dieser Idee von vornherein nur ein Hohnlächeln gehabt. Der englische Handel gebraucht, um ertragreiche Geschäfte machen zu können, Ruhe und Ordnung in der Welt, und der Völkerbund soll das Zaumzeug sein, mit dem die Unruhigen oder widerstrebenden Staatswesen geleitet werden. Dazu gehören in gewissem Sinne auch Frankreich und Italien.

Was hat Deutschland vom Völkerbund? Nachdem uns die Ausführungsbeschlüsse zum Versailler Friedensvertrag über den Hals geworfen sein werden, wird uns nicht viel Luft zum freien Aufatmen bleiben, und es ist eigentlich selbstverständlich, daß uns vom Völkerbund etwas zugeteilt wird. Besonders an Rohstoffen und in der Erleichterung des Handelsverkehrs. Allzuviel wird es nicht sein, aber wir haben seit Monaten gelernt, uns zu bescheiden. Frankreich wollte überhaupt Deutschland nicht zum Völkerbund zulassen, aber in London hält man unsere Mitgliedschaft nützlich und notwendig, und so wird sie auch ausgesprochen werden, vorausgesetzt, daß die praktische Wirksamkeit des Völkerbundes nicht in zwölfter Stunde auf dem Papier bestehen bleiben sollte. Schwer genug wird es sicher werden, vorausgesetzt, daß die praktische Wirksamkeit des Völkerbundes nicht in zwölfter Stunde auf dem Papier bestehen bleiben sollte. Schwer genug wird es sicher werden, diesen Karren auf ein glattes Geleise zu bringen. Wir sehen an Polen und den russisch-bolnischen Wirren, was heute möglich ist. Auch bei den Tschechen und Slowaken, Serben und Südslawen, bei den Türken, wie überhaupt im ganzen Orient ruhen noch mancherlei ungelöste Fragen, die alle die Ruhe Europas bedrohen können. Und dabei wissen wir noch gar nicht einmal, ob die Ruhe Europas, wenn sie wirklich erreicht ist, auch wirklich allen Völkern Segen bringt, ob nicht England den Gewinn haben wird und die anderen Staaten die Lasten. Wm.

Die fressende Flamme.

Zur Reichstagsrede des Außenministers Dr. Simons.

Nachdem der Außenminister Dr. Simons im Reichstag am 26. Juli der Tatkraft und den Erfolgen der russischen Sowjet-Regierung beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes Anerkennung gezollt hatte, nahm er am nächsten Tage einiges davon wieder zurück, erklärte den Bolschewismus innerlich schon zum Teil für erledigt und nannte ihn „eine fressende Flamme, die alles verzehre, was sie erreiche". Dr. Simons hatte am 26. Juli behauptet ‚Rußland habe das Problem der Vereinfachung der Kräftevermittlung im Lande erfolgreich in Angriff genommen; Deutschland könne sich hieran ein Muster nehmen.

Weite Teile des deutschen Volkes — nur ein blinder Tor kann es leugnen — sind von einer dunklen Sehnsucht nach dem Bolschewismus beseelt. Für diese Kreise ist das Ministerwort wie ein kühler Trunk in der sonnendurchglühten Wüste. In unzähligen Abwandlungen wird immer wieder gesagt werden, selbst ein ehrlicher Vertreter der deutschen Bourgeoisie, der vor seiner Ministerschaft den bedeutendsten Unternehmerverband geleitet hat, habe die Ueberlegenheit der russischen Wirtschaftsmethoden anerkennen müssen. Dabei braucht die Feststellung Dr. Simons von einleuchtenden großzügigen Problemen in Bezug auf Kräftevermittlung und Parallelisierung der gegeneinanderlaufenden Kräfte noch garnicht einmal falsch zu sein. Die Ueberschätzung von Projekten und gleichzeitig die Nichtbeachtung des immer weiter um sich greifenden wirtschaftlichen Verfalls macht die Ausführungen des deutschen Außenministers über das russische Wirtschaftsleben mit Recht zum Gegenstand heftigster Opposition.

In Rußland sind alle nichtbolschewistischen Zeitungen verboten. Die bolschewistischen Blätter schöpfen ausnahmslos aus amtlichen Quellen. Man findet in den wirtschaftspolitischen Aeußerungen der russischen Blätter auffallend viel Freimut und Wahrheitsliebe. Die Regierung Lenins ist der vernünftigen Ansicht, daß Schäden nur dann geheilt werden können, wenn sie rückhaltlos aufgedeckt werden. Der regelmäßige Leser dieser bolschewistischen Bekenntnisse erhält einen erschütternden Eindruck von der furchtbaren Not, in der sich das russische Volk befindet, und in die es immer tiefer hinabsinkt. Die Landbestellung geht immer mehr zurück, da es an Arbeitfreudigkeit, an Geräten und Düngemitteln fehlt. Der Bauer kann auch für seinen etwaigen Getreideüberschuß keine gewerblichen Erzeugnisse eintauschen. Bergwerke und Fabriken geraten immer mehr in Verfall, da es an Maschinen, Ersatzteilen, Schmieröl, Heizmitteln und technischen Hilfskräften fehlt. Der Kampf gegen die Contrerevolution und für die Weltrevolution bindet die leistungsfähigsten Arbeitskräfte. Die unzureichende Ernährung und der Verfall der Staatsautorität hat die Arbeitsleistung und die Arbeitsdisziplin auf einen Tiefstand herabgedrückt, der die Sowjetbehörde jetzt zu drakonischem Einschreiten veranlaßt. Das Berliner Kommunistenblatt „Rote Fahne" weist auf die Besserung im Verkehrswesen hin; von April bis Juni 1920 sei die Zahl der für 100 Werst-Bahnlinien verfügbaren Lokomotiven von 9 auf 14 gestiegen. Die bolschewistisch-amtliche „Prawda" gibt ehrlich zu, daß der Grund für die Besserung darin zu suchen sei, daß die roten Truppen im weißrussischen Feldzug den Polen zahlreiche Lokomotiven und Eisenbahnwagen abgenommen haben.

Hätte der deutsche Außenminister die trotz aller schönen Pläne trostlose Wirtschaftslage Räterußlands wenigstens erwähnt, so hätte man Verständnis haben können, daß er auch dem großen Land im Osten ein paar Freundlichkeiten sagen wollte. So aber stellt sich das Urteil Dr. Simons' über Räterußland als eine Einseitigkeit dar, die verhängnisvolle Verwirrung in deutschen Köpfen anrichten könnte.

Die Boulogner Besprechung.

Entscheidungen über die Londoner Konferenz und über die Kohlenvorschüsse an Deutschland.

Die so plötzlich eingeschaltete Besprechung zwischen Millerand und Lloyd George in Boulogne für Mer über die zur Lösung drängenden Ostfragen hat knapp einen Tag gedauert. Dienstag vormittag kamen die Minister an, abends um 6 Uhr reisten sie bereits wieder nach London bzw. Paris ab.

Es handelt sich hier in erster Linie um die Vorbesprechung der Londoner Konferenz, auf der die gesamten Ostfragen erledigt und der polnisch-russische Friede geschlossen werden sollen. Sowjetrußland Polen sowie sämtliche russischen Randstaaten und die Entente-Großmächte sollen dort vertreten sein, man würde auch gern die Vertreter der Vereinigten Staaten sehen, vielleicht wird auch Deutschland hinzugezogen werden, hierfür soll in England Stimmung sein. Ueber das Ergebnis ist bisher nur durch Havas gemeldet, daß man eine Note an Rußland senden will, wonach die Alliierten an der von den Bolschewisten gewünschten Konferenz in London teilnehmen werden, wenn die Russen gewisse Bedingungen betr. Polen annehmen. Millerand werde diese formulieren, von ihrer Annahme durch die Russen hänge die Konferenz ab. An der Konferenz würden alle Randstaaten teilnehmen. Bis zur Annahme der Bedingungen würden die Verhandlungen zwischen England und Rußland unterbrochen.

Man hat ferner in Boulogne über die Regelung der Deutschland für seine Kohlenlieferungen zu leistenden Vorschüsse gesprochen und auch hierüber der Reparationskommission die Aufsicht gegeben. Die Vorschüsse sollen nach einer Havasmitteilung folgendermaßen geregelt werden:

Deutschland soll am 1. September 1920 der Wiedergutmachungskommission Schatzscheine im Werte von 60 Millionen Goldmark mit dem Verfalltag des 1. Mai 1921 und einen jährlichen Zinsfuß von sechs Prozent übergeben. Nach dem 1. September 1920, je nach den erfolgten Kohlenlieferungen wird Deutschland ähnliche Schatzscheine nach Maßgabe der Vorschüsse übergeben. Die Vorschüsse werden natürlich den Lieferungen angepaßt werden.

Die Wiedergutmachungskommission kann sich die diesen Schatzscheinen entsprechenden Beträge durch Verkauf oder Flüssigmachung mit oder ohne Indossement an die interessierten alliierten Mächte verschaffen. Um den Betrag der zu gewährenden Vorschüsse rascher festzustellen, kann die Kommission provisorisch die Quote der monatlich an Deutschland zu gewährenden Vorschüsse unter Vorbehalt späterer Wertung auf vierzig Goldmark pro Tonne festsetzen.

Auf diese Art würde sich der französische Schatz von den Deutschland auf Grund des Uebereinkommens zu gewährenden Vorschüssen durch eine einfache Bankoperation auf die Ware frei machen. Die französischen Kreise sind von dieser Lösung sehr befriedigt, die den von den französischen Vertretern vorgebrachten Wünschen entspreche.

Unter fremder Knute.

Die Leiden der besetzten Gebiete — Ein Gewaltakt nach dem anderen!

Vor dem französischen Kriegsgericht in Trier fand die Verhandlung gegen eine Reihe deutscher Staatsangehöriger statt, die in der Nacht des 31. Mai 3 französische Soldaten durch tätlichen Angriff schwer verletzt hatten. Der Staatsanwalt beantragte die Todesstrafe; das Gericht verurteilte die Angeklagten zu Zuchthaus, Zwangsarbeit und Landesverweisung. —

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat eine Maßnahme getroffen, die geeignet ist, die deutsche Industrie schwer zu schädigen. Um nämlich große Mengen oberschlesischer Kohle auf den Halden anzusammeln, hat sie eine verminderte Wagengestellung veranlaßt. Die aufgeschichteten Mengen sind hauptsächlich für

Die Totenglocke von Stanley Castle.

45 **Roman von Ewald August König**

„Ja, ja, es geschehen seltsame Dinge hier!" sagte Tom Garnet, aber er brach plötzlich ab, als Missis Soldin in diesem Augenblick auf der Schwelle des Zimmers erschien.

„Weshalb verstummt Ihr?" fragte die Haushälterin vorwurfsvoll. „Seid Ihr wieder bei dem alten Thema, das ich nicht hören will? Welch' seltsame Dinge geschehen denn hier?"

„Mit Euch läßt sich darüber nicht reden, Missis Soldin," erwiderte John. „Ihr seid von uns abgefallen, der Glanz der neuen Sonne hat Euch geblendet."

„Wie soll ich das verstehen?" fragte sie ruhig.

„Ich meine, es sei nicht schwer zu verstehen," fuhr der Kammerdiener fort. „Ihr nehmt stets die Partei der neuen Herrschaft, nicht einmal über den Verwalter darf man ein böses Wort sagen, und doch wird er von allen hier gehaßt."

„Ich dulde das Gerede nicht, weil ich den Frieden will," antwortete sie mit einer Entschiedenheit, die jedem Widerspruch vorbeugen zu wollen schien, „damit ist noch lange nicht gesagt, daß ich der alten Herrschaft meine Treue nicht bewahre. Aendert die Sachlage hier, wenn Ihr könnt. So lange Ihr das nicht vermögt, laßt auch den Zank beiseite, es kommt nichts dabei heraus."

„Das kann man nicht wissen," sagte Tom Garnet unwirsch. „Wenn man die Hände in den Schoß legt und die Dinge gehen läßt, wie sie wollen, so darf man sich auch später nicht beklagen. Wenn aber jeder nach seinen Kräften bemüht ist, einen Betrüger zu entlarven —"

„Jetzt ist's genug!" unterbrach Missis Soldin ihn befehlend. „Solche Worte will ich hier nicht hören, und Ihr solltet doch auch bedenken, daß sie nur Euch selbst zum Schaden gereichen. Behaltet Euren Verdacht für Euch und hetzt nicht andere damit auf. Sir Arthur ist hier der rechtsmäßiger Erbe, und ihm müssen wir gehorchen."

„Der rechtmäßige?" erwiderte John mit ungläubigem Achselzucken. „Darüber ließe sich ein anderes Lied singen, und ich sage Euch, Missis Soldin, über Nacht kann manches sich ändern. Wenn er der rechtmäßige Erbe wäre, träte er hier anders auf, und wir alle hätten Stanley Castle längst verlassen müssen! Sir Robert und Sir Arthur Gibion sind keinem von uns grün, auch Euch nicht, trotzdem Ihr so treu zu ihnen haltet."

Missis Soldin zuckte nun auch mit den Achseln.

„Was sagt Ihr zu solchem Geschwätz, Monsieur Flaubert?" fragte sie, sich zu dem Franzosen wendend, der wieder mit Sally scherzte und dem Gespräch nicht die mindeste Beachtung zu schenken schien.

„Daß man mehr Wert darauf legt, als nötig ist," erwiderte er lachend, „ich bin in vielen herrschaftlichen Häusern gewesen, in England und auch in Frankreich, überall habe ich die Entdeckung gemacht, daß das Personal sehr geneigt ist, sich gegen die Herrschaft aufzulehnen."

„Nehmt unser Haus aus, vorausgesetzt, daß Lady Gordale hier die Gebieterin geblieben wäre!" warf John ein. „Bis zum Tode Sir Edwards herrschte hier immer Friede und Einigkeit, das wird auch Missis Soldin bezeugen müssen."

„Nun, so seid auch jetzt einig!" sagte Missis Soldin ärgerlich.

„Das wollen wir auch sein," erwiderte Tom Garnet, „einig in unserem Haß gegen diejenigen, die hier das gute Recht mit Füßen treten, einig in unsern Bemühungen, dem Verwalter Bedford den Laufpaß zu verschaffen!"

„Ich fürchte, wenn Ihr dabei beharrt, werdet Ihr bald selbst Euren Laufpaß in der Tasche haben," spottete Sally, „hätte Sir Robert diese Worte vernommen, so wäre hier das letzte Brot für Euch schon gebacken!"

Der Gärtner lachte, Flaubert, dem nun das Gespräch langweilig zu werden schien, erhob sich.

„Ihr werdet doch nicht arbeiten wollen?" fragte Missis Soldin.

„Nein," antwortete der Franzose, indem er eine silberne Uhr zu Rate zog, die er aus der Westentasche hervorholte, „ich will einen Spaziergang machen, in einer Stunde denke ich wieder hier zu sein, und habt Ihr dann Lust dazu, so schlage ich Euch eine Partie Tricktrack vor."

„Es wird mir angenehm sein," erwiderte sie freundlich, und Flaubert verließ nun ohne Verzug das Zimmer und gleich darauf auch das Schloß.

Als Flaubert den Garten durchschritt, überzeugte er sich mehrmals, ob ihm jemand folge, er hatte befürchtet, daß der Förster ihm seine Begleitung anbieten werde, und gerade jetzt, in dieser Stunde lag ihm viel daran, allein zu bleiben.

Die Besorgnis, daß der Förster ihn verraten könne, lag ihm fern, er fühlte im Gegenteil sich sehr geneigt, diesem Manne volles Vertrauen zu schenken, aber die geeignete Zeit war dazu noch nicht gekommen.

Beweise für die Verbrechen Bedfords hatte er noch nicht gefunden, wenn auch alle seine Wahrnehmungen den Verdacht bestätigten, der auf diesem Manne ruhte, wohl aber war es ihm schon jetzt klar geworden, wie schwer es ihm fallen würde, überzeugende Beweise herbeizuschaffen.

Er baute alle seine Hoffnungen auf Martha Ferndal, aber er wußte auch, daß es Verdacht erregen könnte, wenn er so ganz unvermittelt mit dieser Frau in Verbindung trat, darum hatte er im „Goldenen Lamm" den Vorwand ersonnen, daß er ihren Kopf modellieren und mit diesem Kunstwerk Geschäfte machen wolle.

Er befand sich jetzt auf dem Wege zu ihr. Von diesem ersten Besuch erwartete er nicht viel, er mußte zuerst das Vertrauen der alten Frau zu gewinnen suchen, ehe er auf irgend eine Eröffnung von ihrer Seite hoffen durfte.

In Gedanken versunken, verfolgte er langsam seinen Weg durch den Wald, als das Wiehern eines Pferdes ihn plötzlich aus seinem Brüten erweckte.

Er blickte auf, in geringer Entfernung vor ihm stand Edgar Tolling, sein Pferd war seitwärts an einem Baum festgebunden.

Edgar hatte den Geheimpolizisten im Bureau seines Freundes Folkestone kennen gelernt, die beiden begrüßten einander mit einem Händedrucke, dann richtete Edgar an ihn voll Ungeduld die Frage, welche Entdeckungen er gemacht habe.

„Bis zu dieser Stunde noch keine, Sir, die ich weiter verfolgen könnte," antwortete Flaubert ruhig. „So rasch geht das überhaupt nicht. Bedenken Sie den langen Zeitraum, der zwischen heute und dem Todestage des Knaben liegt, und alle die übrigen Schwierigkeiten, die ich überwinden muß! Was ich bisher erfahren habe, bestärkt meinen Glauben an die Wahrheit des Verdachtes, das aber ermutigt mich, meine Bemühungen rastlos fortzusetzen. Haben Sie hier auf mich gewartet, Sir?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-192008037/fragment/page=0002

Polen bestimmt. Ganz abgesehen aber davon, daß der Wert der Kohle durch das Lagern leidet, wird die Ausfuhr nach Deutschland außerordentlich beeinträchtigt.

Auf der Polizeiwache Scharley in Oberschlesien machte eine Horde bewaffneter Polen einen Ueberfall und eröffnete auf die sich zur Wehr setzenden Beamten Schnellfeuer. Die Beamten konnten die Angreifer verfolgen, da sie keine Waffen hätten sie aber nicht verhaften.

Das Schicksal deutscher Gebiete.

Die „Frankf. Ztg." erhält über den derzeitigen Stand der deutsch-belgischen Grenzregulierungsverhältnisse folgende authentische Mitteilungen:

Der Botschafterrat hat die Entscheidung über die Grenzregulierung getroffen, ohne der deutschen Regierung eine Antwort auf ihren Einspruch zugehen zu lassen. Die Bahnlinie Raeren—Kalterherberg wird endgültig Belgien abgetreten. Der deutschen Bevölkerung des Kreises Monschau werden „Erleichterungen" inbezug auf Grenzverkehr und Zölle gewährt. Aus den deutschen Ortschalten Mützenich und Roetgen sind deutsche Enklaven zu bilden. Als Ersatz für den abzutretenden Teil des Kreises Monschau erhält Deutschland ein kleines Gebiet an der Nordwestgrenze des Kreises Eupen zurück. In dieser Gegend liegt das Niederschlagsgebiet des Wasserwerks der Stadt Aachen.

Der deutsche Vertreter in der Grenzkommission erklärte sofort, daß die deutsche Regierung unter keinen Umständen die Rückgabe eines kleinen Teiles des Kreises Eupen als vollwertigen Ersatz für die Abtretung der Bahnlinie Raeren—Kalterherberg nebst Teilen des Kreises Monschau ansehen könne. Er müsse es ablehnen, sich an den Beschlüssen zu beteiligen. Die weiteren Verhandlungen werden in dieser Woche in Eupen stattfinden.

Die Frage von Altenstein und Marienwerder hat der Botschafterrat noch immer nicht entschieden. Trotz des klaren Abstimmungsergebnisses will man den Deutschen immer noch etwas abzwacken und hat deshalb eine Kommission von Juristen beauftragt, hierzu einen Weg zu finden.

Die „Volksabstimmung" in Eupen—Malmedy.

Die geradezu ungeheuerlichen Zustände in Eupen-Malmedy haben jetzt die Reichsregierung veranlaßt, der Friedenskonferenz neues urkundliches Material über den Terror der Belgier zukommen zu lassen. Darin kommt nach eidesstattlichen Aussagen von Abstimmungsberechtigten klar zum Ausdruck, daß eine Eintragung in die Abstimmungslisten für Deutsche meistens schon dadurch unmöglich gemacht wird, daß der diensttuende Kommissar grundsätzlich nicht zu sprechen ist. Proteste können ebenfalls nicht vorgebracht werden. Selbst die Kreissekretäre sind allen Beschwerden gegenüber taub. Außerdem laufen die Bewohner dabei Gefahr, ausgewiesen zu werden. Vielen, die ihr Deutschtum bekannten, wurden sogar die Lebensmittelkarten entzogen. Die deutsche Regierung bemerkt, daß es unter solchen Umständen für die Bevölkerung schon aus technischen Gründen unmöglich sei, von ihrem Stimmzettel Gebrauch zu machen und erneuert ihre dringliche Bitte, schleunigst Maßnahmen zu treffen, die den Bewohnern von Eupen und Malmedy die freie Ausübung des Rechts der Selbstbestimmung ermöglichen.

Inzwischen hat die belgische Regierung es fertig gebracht, diese „Volksabstimmung" zu schließen und das Ergebnis mitzuteilen. Danach haben 270 Deutsche den Mut aufgebracht, trotz aller Schikanen ihr Deutschtum zu bekennen.

*

Ausweisung der Deutschen aus den deutschen Kolonien.

Ueber die Zulassung von Deutschen und die Behandlung des deutschen Eigentums in den unter englischer Verwaltung stehenden Teilen der ehemaligen Schutzgebiete Deutsch-Ostafrika, Kamerun und Togo liegt jetzt eine Auskunft der englischen Regierung vor:

In Ostafrika sollen danach alle noch im Lande verbliebenen Deutschen heimgeschafft und künftig, wenigstens für eine gewisse Zeit, keinem Deutschen die Niederlassung in dem Lande gestattet werden. Die Bewilligung von Ausnahmen, für die der englische Administrator in Daressalam zuständig ist, soll nur in ganz besonderen Fällen erfolgen. Alle deutschen Besitztümer in Ostafrika werden liquidiert, ihr Ankauf durch Deutsche wird nicht gestattet.

In den britischen Teilen von Kamerun und Togo, in denen sich keine Deutschen mehr befinden, wird, abgesehen von Ausnahmefällen, Deutschen ebenfalls die Erlaubnis zur Niederlassung nicht erteilt. Das deutsche Eigentum soll enteignet und verkauft werden. Zugunsten einzelner Personen, die aus besonderen Gründen eine besondere Behandlung verdienen, können Ausnahmen hiervon mit Genehmigung des Staatssekretärs für die Kolonien gemacht werden. Für die Ausnahmebewilligung ist hinsichtlich Kameruns der Gouverneur von Nigeria, hinsichtlich Togos der Gouverneur der Goldküste zuständig.

Es soll Leute geben, die behaupten, daß zwischen Deutschland und England Friede herrscht. Es soll sogar deutsche Außenminister geben, die zur selben Zeit, da obige Bekanntmachung erscheint, den englischen Ministern alle möglichen Freundschaftsbezeigungen und Komplimente machen.

Rundschau.

° **Die Reichstagsdebatte über Simons Rede.** Am Dienstag trat der Reichstag in die Debatte über die überraschende Rede des Reichsaußenministers Dr. Simons vom Montag ein. Zunächst gab Dr. Simons eine Erklärung ab, wodurch er sein Montag ausgesprochenes Urteil über das Verhalten der Reichswehr beim Flaggenzwischenfall erheblich korrigierte. Hierüber empörte sich der Chefredakteur des „Vorwärts", Abg. Stampfer (Soz.), der sonst dem Minister Simons manches Lob zollte. Simons' Ansicht über Rußland glaubte er als Sozialist allerdings doch etwas einschränken zu müssen. Anders der „Fachmann für Außenpolitik" der U. S. P., Herr Dr. Breitscheid, der über diese Worte Simons ganz begeistert war, er nannte den Außenminister in blumiger Phrase einen „weißen Raben", auf dessen Gefieder allerdings schon jetzt (wegen der obigen Erklärung. D. Red.) der „Staub des Militarismus gefallen sei". Breitscheid schimpfte dann noch mächtig über Stinnes, sodaß Dr. Simons sich bewogen fühlte, dagegen aufzutreten. Er legte sich für die Persönlichkeit Stinnes' sehr scharf ins Zeug. Stinnes verstände keine — Simons' — Worte und Handlungen besser als Stampfer und Breitscheid. In der weiteren Rede beschäftigte er sich hauptsächlich mit den Angriffen Breitscheids und schränkte dabei manche seiner Aussehen erregenden Behauptungen vom Vortage erheblich ein. Der greise Zentrumsführer Dr. Spahn sprach über Spaa und sprach der Delegation Dank und Vertrauen aus. Nach ihm unterzog der Historiker Prof. Dr. Hoetzsch (Dnat.), ein ausgezeichneter Sachkenner, das Verhalten der deutschen Delegation in Spaa, die dort getroffenen Abkommen und die Rede des Ministers Simons Punkt für Punkt einer scharfen Kritik, die ein durchweg ablehnendes Ergebnis hatte. Dieser Regierung könne seine Partei kein Vertrauen schenken. Dieser Kritik gegenüber fühlte sich Reichskanzler Fehrenbach genötigt, noch einmal das Wort zu ergreifen. Er beschäftigte sich ausschließlich, teilweise sehr erregt, mit der Rede von Hoetzsch. Am Mittwoch sollte dann die Debatte fortgesetzt werden.

° **Der neue Notetat,** der im Reichstage beraten wird, mag nach der Lage der Dinge notwendig sein, aber er läßt jedenfalls, was noch dringender ist, den Beginn der Sparsamkeit vollständig vermissen. Die Bauausgaben sind nach den langen Kriegsjahren unvermeidlich, aber die Reichsverwaltung verschlingt Riesensummen, die denn doch bedenklich werden. Die Steuergesetzgebung sollte nach der Meinung ihres Schöpfers Erzberger, der auch das Beamtenheer des Reiches möglichst verringern wollte, einfach angelegt sein, und jetzt springen die Millionen nur so für neue Angestellte und deren Wohnungen. Wenn das einfach sein soll, kann man nur auf das gespannt sein, was nachkommt.

° **Polnische Willkür gegen Beamte.** Nach Ablauf des Beamtenprovisoriums haben sich die Fälle willkürlichen Vorgehens polnischer Behörden gegen die in ihren Diensten verbliebenen deutschen Beamten gemehrt, wodurch diesen geldliche Schädigungen mannigfacher Art erwachsen sind. Der preußische Staat beabsichtigt, die Weiterverfolgung der so entstandenen Ansprüche von Beamten gegen die polnischen Behörden selbst zu übernehmen und die Beamten unter Mitwirkung der Staatlichen Fürsorgestelle für Beamte aus den Grenzgebieten in Berlin, In den Zelten 21, vorläufig subsidiär zu entschädigen. Der preußische Minister des Innern ersucht deshalb alle aus den Abtretungsgebieten zurückkehrenden Beamten — mittelbare und unmittelbare — zur Anmeldung aller ihnen widerfahrenden Kürzungen, Einbehaltungen, Abgabenabzüge, Wehrsteuer (Straßburg usw.) usw. bei der Fürsorgestelle aufzufordern.

° **Lobende Erwähnung einer Reichswehr-Kompagnie.** Einer Kompagnie des A.-W.-Pionier-Bataillons 4, die mehrere Wochen wichtige Notstandsarbeiten verrichtet hat, ist folgende Anerkennung zugegangen:

Berlin, 13. Juli 1920.

Wie mir gemeldet worden ist, hat die in Mansfeld zur Beseitigung der Hochwasserschäden drei Wochen eingesetzt gewesene Kompagnie des Bataillons besonders Gutes geleistet und sich den Dank der Bevölkerung erworben. Ich spreche der Kompagnie für die hingebende Arbeit die Anerkennung der Regierung aus und ersuche, dies den beteiligt gewesenen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften in geeigneter Weise bekannt zu geben.

Der Reichswehrminister: Dr. Geßler.

° **Die Aenderung des Steuerabzugs.** Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht jetzt das vom Reichstag angenommene Gesetz zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn. Das Gesetz ersetzt den früheren rohen Abzug von allgemein 10 v. H. des Arbeitslohns durch eine Staffelung, die bei 5 v. H. beginnt und bei Einkommen von mehr als einer Million auf 55 v. H. steigt. Bestimmte Beträge bleiben vom Abzug frei. Das Gesetz tritt am 1. August in Kraft. Die bis zum 1. August einbehaltenen Beträge werden auf die nach diesem Gesetze einzubehaltenden Beträge angerechnet.

° **Wie die Dauer und Ausbreitung des Weltkrieges** hätte verhindert werden können, das haben heute die deutschen Arbeiter in Danzig gezeigt, die sich trotz des Angebotes eines Tagelohnes von 100 Mark geweigert haben, Kriegsmaterial für Polen gegen Rußland auszuladen. Wenn die Arbeiter im neutralen Amerika im Herbst 1914 die Beförderung der Geschütze, Maschinengewehre und Munition nach Europa verweigerten, dann war 1915 der Krieg zu Ende. Und die amerikanischen Arbeiter hätten zu dieser Weigerung nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht gehabt, wenn sie es mit der internationalen Arbeitersolidarität und der Neutralität ernst gemeint hätten.

+ **Italien gibt Valona auf.** Wie „Popolo d'Italia" erfährt, ist das italienisch-albanische Abkommen abgeschlossen worden. Das unterzeichnete Abkommen umfaßt folgende Punkte: Italien überläßt Valona an Albanien. Die Stadt wird unter die direkte Herrschaft der Regierung von Tirana gestellt. Italien wird sich nicht mehr in die Zivilverwaltung von Valona einmischen, welche einzig dem Vertreter der albanischen Regierung übertragen wird. Für seine militärische Sicherheit erhält Italien die Insel Sazeno, auf der es alle für seine maritime und militärische Sicherheit notwendigen Arbeiten vornehmen kann. Albanien willigt ferner darin ein, daß Italien die Punta Linguetta und die Punta de tre Porti vor Valona besetzt und befestigt. Auf diese Weise wird Italien den Hafen und die Stadt Valona militärisch beherrschen.

+ **Die Lebensmittelvorschüsse an Deutschland.** Infolge der in Spaa getroffenen Vereinbarungen, die eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung der deutschen Bergleute zur Erzielung einer höheren Ausbeute an Kohlen bezweckten, haben sich die alliierten Regierungen von Frankreich, England, Belgien und Italien veranlaßt gesehen, gemeinsam Lebensmittelvorschüsse an Deutschland zu gewähren. Um Frankreich zu gestatten, seinen Verpflichtungen nachzukommen, da es selbst in erster Linie mit Kohlen beliefert werden soll, hat die französische Regierung bei der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Finanzminister ermächtigt, an dieser Operation teilzunehmen.

* * *

+ **Polen.** In Posen sollen Aufstände, womöglich gar eine Revolution ausgebrochen sein. Das gesamte Militär des ehemaligen Provinz Posen ist nach der Stadt Posen zusammengezogen worden.

+ **Holland.** Die erste Kammer hat mit 35 gegen 5 Stimmen das vielumstrittene Gesetz gegen revolutionäre Umtriebe angenommen.

Allerlei aus aller Welt

* **Zwei Zirkuseinstürze infolge Sturmes.** Im Zirkus Sarrasani, der augenblicklich in Leipzig gastiert, stürzte Sonnabend kurz vor der Vorstellung das große Manegezelt infolge einer Windhose plötzlich zusammen. Da das Publikum noch nicht zugelassen war, ist großes Unglück an Menschenleben durch einen Zufall verhütet worden. Nur der Oberregisseur und ein Mann aus dem Publikum sind schwer verletzt. Die Tiere sind gerettet, der Materialschaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark. — Ein ähnliches Unglück ereignete sich Sonntag in Bochum. Durch einen heftigen Sturm, der in der Stadt viel Schaden anrichtete, wurde in der Castroper Straße der Zirkus Hermann Althof umgeweht, so daß die Vorstellung abgebrochen werden mußte.

* **Großfeuer in Braunschweig.** Montag mittag brach in Braunschweig in dem Werke der Jutespinnerei Braunschweig ein Riesenfeuer aus. Von dem Vorbereitungsraum ausgehend, drang das Feuer in die Fahnenspinnerei über. Nach kurzer Zeit standen auch diese Gebäude und andere Werksabteilungen in hellen Flammen. Großer Schaden wurde unter dem Maschinenbestande angerichtet. Die sofort alarmierte Feuerwehr ergriff Gegenmaßnahmen, die zur Stunde noch weiter geführt werden. Die Zahl der Opfer und die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht bekannt. Bereits vor 24 Jahren brannte der größte Teil der Jutespinnerei nieder.

* **Falsche 1000-Markscheine.** In letzter Zeit treten Nachbildungen der Reichsbanknoten zu 1000 Mark mit dem Ausgabedatum vom 21. 4. 1910 auf. Sie sind bei einiger Aufmerksamkeit kenntlich: Die Herstellung der Falschstücke ist unter Zuhilfenahme der Photographie im Lichtdruck erfolgt. Die falschen Noten sind daher in ihrem Aussehen einer Photographie ähnlich, Fel getreuer Wiedergabe treten die Einzelheiten der Zeichnung nicht in der Schärfe echter Noten hervor. Der sonst eingewirkte Faserstreifen ist durch aufgestreute und scharf angepreßte, stark gefärbte Fasern nachgeahmt. Unter dem Faserstreifen sind Spuren von Farbstoffübertragungen (bläulich gefärbt) sichtbar. Nummern und Stempel sind in gelblich-grüner Färbung aufgebracht. Die Stempel, von auffallend geringer Schärfe, haben außerdem ein von dem echten abweichendes Bild des Adlers. Vor Annahme dieser Nachbildungen wird amtlich gewarnt.

* **In der Notwehr** erschoß in Bensberg (Rheinland) ein deutscher Polizist einen amerikanischen Soldaten. Der Soldat hatte mit einem Kameraden in betrunkenem Zustande eine Anzahl Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert und den zur Ruhe mahnenden Polizisten mit einem Ziegelstein vor den Kopf geschlagen und in die Seite gestoßen. In der Bedrängnis sah der Polizist sich genötigt, die Waffe zu ergreifen; er wollte den Amerikaner in den Arm schießen, traf aber, da dieser gerade eine unglückliche Wendung machte, dessen Seite.

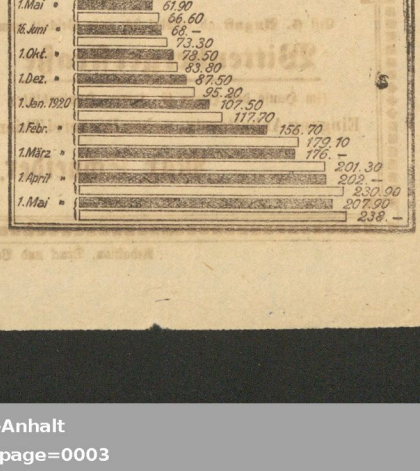
* **„Das Tragen von Dirndlkostümen verboten!"** Der tschechische Stadtrat der Stadt Eibenschütz, einer Stadt, die noch vor kurzer Zeit überwiegend deutsch war, nach und nach aber durch die bekannten Mittel „tschechisiert" wurde, hat das Tragen von Dirndlkostümen verboten, „weil diese eine deutsche Alpentracht darstellen (!)." Der Stadtrat hat weiter das Deutschsprechen auf öffentlichen Plätzen untersagt.

* **Brand eines deutschen Dampfers im Stockholmer Hafen.** Vor einigen Tagen entstand auf einem im Stockholmer Hafen liegenden deutschen Dampfer ein Brand. Die Mannschaft eines in der Nähe liegenden amerikanischen Dampfers kam, wie die schwedischen Blätter berichten, den im Wasser kämpfenden deutschen Seeleuten nicht zu Hilfe, sondern beschimpfte sie noch. Der Kapitän des amerikanischen Dampfers bestreitet diese Handlungsweise in einer öffentlichen Erklärung und behauptet, den Deutschen seien Rettungsgürtel zugeworfen worden.

* **Feuer im Arsenal von Venedig.** Nach Reutermeldungen aus Venedig ist im Arsenal von Venedig ein großes Feuer ausgebrochen. Auch die Museen werden bedroht. Viele Häuser mußten geräumt werden. Es fanden heftige Explosionen statt und mehrere Schwenen für Flugzeuge wurden bereits eingeäschert. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

' **Frankfurt a. M.** Der mehrheitssozialistische Frankfurter Stadtrat Langemach ist zum Landrat des Kreises Biedenkopf bestellt.

° **Wiesbaden.** Die preußische Staatsregierung hat den Regierungsrat Viktor Krause aus Kassel zum Polizeipräsidenten in Wiesbaden ernannt.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-192008037/fragment/page=0003

Beschluß der Vergütung für den Bürogehilfen Reichert zur Richtschnur genommen. Der Versammlung steht das Recht zu, den Betrag festzusetzen. Stv. Knak erklärt, daß der damalige Beschluß durch die inzwischen eingetretene Verteuerung überholt ist. Die Versammlung bewilligt monatlich 300 M.

10. Bewilligung eines Zuschusses für ein Kreiswohnungsamt. Der Kreisausschuß hat die Schaffung eines Kreiswohnungsamtes angeregt, um die Wohnungsnot zu beheben. Der Magistrat ist gegen die Errichtung desselben. Die Wohnungsnot würde dadurch nicht behoben, es würde vielmehr nur eine Gesellschaft geschaffen, die Geld kosten würde. Die Versammlung billigt den Magistratsbeschluß.

11. Errichtung einer Preisprüfungsstelle. Der Magistrat stellt fest, daß bisher keine Anzeige wegen Höchstpreisüberschreitungen eingegangen sei. Es sei von der Tätigkeit eines uniformierten Beamten keine Abhilfe zu erwarten. Der Magistrat schlägt darum vor, eine Kommission zu wählen, die sich aus 3 Vertretern des Handels und 3 Vertretern der Verbraucher zusammensetzen soll. Er schlägt folgende Personen vor: Sen. Nitzsche, Maurer Hermann Krüger, Arbeiter Friedr. Richter, Lehrer Mente, Kaufmann A. Schulze und Landwirt Otto Besigk. Stv. Knak verspricht sich von der Kommission nicht das geringste, da kein Gesetz besteht, das die Einrichtung einer Preisprüfungsstelle vorsieht. Um etwas zu erreichen und den Schleichhandel zu erfassen, müßte die Kommission Polizeigewalt haben. Die Verhältnisse liegen aber so, daß jeder auf den Schleichhandel angewiesen ist, sonst wären wir schon verhungert. Stv. Schulze schlägt an Stelle des Landwirts Besigk den Landwirt Bernhard Simon vor in Anbetracht des Gehörfehlers des Landwirts Besigk. Die Versammlung steht der Schaffung einer Kommission sehr pessimitisch gegenüber, stimmt aber zu, da der Stadt keine Kosten entstehen.

Vom Magistrat sind der Dringlichkeit wegen noch folgende Anträge eingebracht:

12. Streichung der Fußböden in der Schule mit Oel. Die Versammlung ist damit einverstanden, da die Staubplage damit behoben wird.

13. Vom Landeskulturamt ist eine Pachtschutzordnung ausgearbeitet. Diese sieht an jedem Amtsgericht ein Pachteinigungsamt vor. Der Vorsitzende ist der Amtsrichter. Zu Beisitzern schlägt der Magistrat folgende Personen vor: Sen. Becker, Bernhard Simon, Albert Hamann, Karl Schöne, Gustav Knak, Otto Möglich, Hönemann und Ernst Zauber. Die Versammlung ist mit der Wahl einverstanden.

14. Der Magistrat gibt Kenntnis von dem Ankauf von 4000 alten Dachziegeln. Die Versammlung bewilligt die Kosten. Stv. Rudloff regt an, die Gebäude, falls eine größere Dachreparatur notwendig wird, mit Falzziegeln zu bedecken, da die alten Ziegel immer schwerer zu haben, die neuen aber kleiner sind. Die so gewonnenen alten Ziegel sollen dann zur Ausbesserung der anderen Dächer benutzt werden.

15. Abänderungen an der Niemitzer Veranda. An der Veranda werden einige Umbauten und Verbesserungen vorgeschlagen, die nach einem Voranschlage 10000 Mark kosten würden. Die Versammlung stimmt dem Umbau des Daches zu einem 2seitig abgeschrägten zu, Kosten 450 Mk., die übrigen Arbeiten werden abgelehnt.

16. Frau Flemming bittet um Beihilfe für die Beschaffung von Besen. Die Versammlung bewilligt 75 Mk.

17. Der Magistrat schlägt vor, in der Auszahlung des Gehalts der Nachtwächter folgende Aenderung eintreten zu lassen. Im Sommerhalbjahr sollen 1400 Mk. und im Winterhalbjahr 1800 Mark ausgezahlt werden, da im Winter der Dienst ein längerer ist. Auf Anregung des Stv. Huhn setzt die Versammlung folgende Staffelung fest: Sommerhalbjahr 1200 Mk., Winterhalbjahr 2000 Mk.

18. Antrag auf Schulgelderlaß. Dieses wird, da Bedürftigkeit vorliegt, erlassen.

19. Den Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, die bei der Ernteflächenerhebung tätig waren, wird eine tägliche Vergütung von 12 Mk. gewährt.

20. Nach Verlesen der einzelnen Positionen wird der Haushaltplan in Einnahme und Ausgabe auf 276000 Mark festgesetzt.

Gelegenheitskauf!

Größere

Leinen-Reste

zu

Bettüchern und Hemden

geeignet, sind eingetroffen und werden billigst abgegeben

Wilhelm Weydanz

Briefkassetten in reicher Auswahl neu eingetroffen **R. Arnold** Buch- u. Papierhdlg.

Achtung!

Wir sind von der Ueberlandzentrale Anhalt-Dessau als

Installateure

für die Orte Piesteritz, Pratau und Bergwitz zugelassen. Wir empfehlen uns der geehrten Einwohnerschaft obiger Gemeinden zur **Installation elektrischer Licht- und Kraftanlagen** unter Garantie in sauberer, moderner Ausführung und billigster Berechnung.

Ferner zur Lieferung von

Motoren, Koch- und Heizapparaten, Beleuchtungskörper, Osram- und Wotanlampen

Franz Roming & Söhne

Kemberg — Wittenbergerstraße 48

Piesteritz — Coswigerstraße 173

Uhren

Einen Posten

Schweizer Taschen-Uhren

erstklassige Fabrikate

15-steinig

empfiehlt zum billigsten Tagespreis

Paul Elstermann, Leipzigerstraße 61

Erst **6. August** ab befindet sich mein Geschäft vom

Wittenbergerstraße

(im Hause des Herrn E. Irmer, Hopfenblüte)

Eingang Anhalterstr., neben Brauerei Thieme

Max Schneider.

Kaufe kleine Landwirtschaft **ob. Haus** m. Geschäft u. Land. **Höhne, Weißensee,** Langhansstr 37.

Zu verkaufen einen sehr guten eisernen

Kochofen

mit Füßen und Wärmröhre **Burgstraße 32**

Ein Paar prima Chevreaux-

Damenstiefeln

nach Maß gearbeitet, Nr. 38, da nicht passend, preiswert zu verkaufen **Leipzigerstraße 61**

Zwei 8 Wochen alte

Hunde

mittlere Rasse, hat zu verkaufen **Fischer, Gaditz**

Maisschlempe

Leinkuchenschrot

Rapskuchenschrot

Kainit

Kali

Thomasmehl Sternmarke

Ia. Stückenkalk

Zementkalk

Zement

Gips

Rohrgewebe

Poröse Steine

Backofenplatten

hat auf Lager

Albert Quitzitzsch Nachf.

Inkarnatklee

Pfund 3,50 M.

Fr. Heym

Eisen u. Kurzwaren.

Eine größere Ladung

Mustöpfe

Einmachetöpfe, Büchsen u. a. Geschirr

ist eingetroffen und verkaufe selbige zu billigem Tagespreis

Albert Stolle, Leipzigerstr. 2 neben der Molkerei

Markenfrei!!!

gibt ab

ff. Margarine

ganz frisch, Pfund **11,50 M.**

Pa. Schweinefett

Hochwertiges Seifenpulver

Seife in Stücken

C. G. Pfeil

Geschäfts-Uebernahme.

Den geehrten Einwohnern von Kemberg und Umgegend zur gefl. Kenntnis, das ich das **Fischgeschäft** des Herrn **Paul Schneider** mit dem heutigen Tage übernommen und unter der bisherigen Firma

Schneiders Fischgeschäft

Inh.: Max Geißler

fortführen werde. Ich bitte, das meinem Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich gütigst übertragen zu wollen. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, den mich beehrenden Kunden nur beste Waren zu verabfolgen.

Hochachtungsvoll

Max Geissler

„Schützenhaus"

Sonntag, den 8. August, von nachmittags 4 Uhr an

allgemeiner Ball

wozu freundlichst einladet **C. Fröhnel**

Bei Gallensteinleiden

Professor Dr. Webers Gallensteinmittel **Cholapin** ein bewährtes Gallensteinmittel. Packung 15.— Mk., meist für eine Kur ausreichend.

Versand: Grüne Apotheke, Erfurt 366

Salicyl- und Pergamentpapier

empfiehlt **R. Arnold**

Schweine

-Schmalz, prima Qualität

empfiehlt **Max Schneider**

Gummiwaren

Ringe für fast sämtliche Systeme von Einkochgläsern in bester Friedensqualität.

Kinderbälle, Gummisauger Irrigatorschläuche usw.

Fr. Heym, Eisen- u. Kurzwaren

Feinste neue

Fettheringe

neue saure

Gurken

ff. Margarine

Pa. Schweineschmalz

Käse

Tafel-Reis

Citronen - ff. Himbeersaft

empfiehlt **J. G. Glaubig**

Suche zum 1. Oktober

Mädchen

14—15 Jahre für Berlin. Näheres **Gasthof Zur goldenen Weintraube**

Aufwartung

für **nachmittags** oder kräftiges **Schulmädchen** sucht

Frau Dr. Möller

ff. neue Fettheringe

neue saure Gurken

ff. Marmelade

Vollreis

Margarine

empfiehlt **Ww. W. Becker**

Englische Fettheringe

Stück von 1,— M. an

empfiehlt **Max Schneider**

Stenographen-Verein

Stolze-Schrey

Die Uebungsstunde morgen Dienstag

fällt aus.

Der Vorstand.

Krieger-Verein

Morgen Dienstag

Versammlung

bei Kamerad Ernst Bachmann

Ausgabe der neubestellten Vereinsabzeichen sowie wichtige Tagesordnung

Um Erscheinen sämtlicher Mitglieder bittet **Der Vorstand**

Redaktion, Druck und Verlag Richard Arnold :-: Kemberg (Bez. Halle a./Saale) — Fernsprecher Nr. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-192008037/fragment/page=0004